

# Wilsdruffer Tageblatt

Sprechender Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postcheckkonto Leipzig 28614

Gründet täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Einzelbestellung monatlich 4 M., durch unsere Auslieferung zugunsten in der Stadt monatlich 4.40 M., auf drei Lande 4.50 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 13.50 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postboten sowie unsere Ausleger und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Zwischenfälle kann der Bezugspreis auf Lieferung der Zeitung oder Märgung des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1 M. für die 6 spalten breite Korrespondenz oder deren Raum, Lokalpreis 1/2 Pf., Restanten 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die 2 spalten breite Korrespondenz 3 M., Nachzahlungsbetrag 50 Pf. Anzeigenannahme bis demontag 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Haftung. Jeder Anzeigenauftrag enthält, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kasse gezahlt.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zichauke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inserenten: Arthur Zichauke, beide in Wilsdruff.

Nr. 140.

Sonnabend den 18. Juni 1921.

80. Jahrgang.

## Amtlicher Teil.

### Grumbach.

Bis 24. Juni 1921 ist die Viehsteuer in den Vormittagsstunden an die hiesige Ortssteuereinnahme abzuführen. Nach Fristablauf erfolgt kostenpflichtige Zwangsbeitreibung. Grumbach, am 17. Juni 1921. Der Gemeindevorstand.

## Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weitverbreiteten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung.

### Kleine Zeitung für etliche Leser.

- \* Die deutsche Regierung hat an die alliierten Regierungen eine Note gerichtet, in der sie die Säuberung Oberschlesiens von den Insurgenten fordert.
- \* Der Vorkommerrat in Paris hat angeordnet, alle deutschen Militärfugzeuge und 25 Prozent der Handelsflugzeuge als Strafe zu beschlagnahmen.
- \* Der französische Minister Doucet hat jede für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärung über seine Wiesbadener Besprechungen mit Rathenau abgelehnt.
- \* Die Engländer kündigen ein Blaubuch über Oberschlesien an.
- \* Die englischen Bergarbeiter sprachen sich mit großer Mehrheit gegen die Vorschläge der Arbeitgeber zur Beilegung des Streiks aus.
- \* Der amerikanische Senat lehnte die Friedensresolution vorletztes ab und überwies sie den beiden Häusern zu gemeinsamer Beratung.
- \* Es sind keine Aussichten vorhanden, daß eine Lösung des japanisch-amerikanischen Konfliktes über die Jap-Strasse in Kürze zu erwarten ist.

### „Wir klagen an!“

Der neue deutsche Minister des Auswärtigen, Dr. Rosen, hat seine Tätigkeit nicht ungeschickt damit eingeleitet, daß er den Mut zeigte, einmal den Spieß gegen Frankreich und England umzukehren. Der von Paris aus schon vierundzwanzig Stunden vorher in der Presse angekündigte Schritt ist nun in Berlin wirklich erfolgt. Der französische Vorkommerrat und auch der englische Geschäftsträger erschienen, nicht zusammen, sondern jeder für sich, im Auswärtigen Amt und machten Vorstellungen wegen Oberschlesiens. Auffallend ist, daß der Engländer dabei war, ebenso bemerkenswert, daß der Italiener fehlte. Das zeigt, daß Le Nord die englischen Kommissare in Oberschlesien für sich gewonnen hat, während die Italiener ehrlich genug waren, bei der Wahrheit zu bleiben. Der Inhalt der Vorstellungen bei Dr. Rosen war, wie voraus bekannt, daß die Deutschen, und besonders der Selbstschutz, an den Zuständen in Oberschlesien schuld seien. Wäre der Selbstschutz unter General Hofer nicht so eigenmächtig gewesen, so hätte die Interalliierte Kommission ihre „Verträge“ wiederherstellen, sich mit dem deutschen Zwölfer-Ausschuß einigen und das goldene Zeitalter in Oberschlesien herbeiführen können. Nur in einer Zeit der schlimmsten Vergewaltigung Deutschlands konnte so eine Sprache gewagt werden, für deren richtige Einschätzung ausländische Wörter weder im Deutschen noch im Französischen vorhanden sind. Die Sache läuft daraus hinaus, zu behaupten, daß die Deutschen die Verantwortung dafür zu tragen haben, daß polnische Räuberbanden mordend und plündernd ins Land gefallen sind und mit nachsichtiger Hilfe der Franzosen dort tun, was sie wollen. Es ist auch gar nicht zu verstehen, was die Herren eigentlich von der deutschen Reichsregierung verlangen. Diese hat ja offiziell in Oberschlesien gar nichts zu sagen, so lange das Land nicht, dem Abstimmungsresultat entsprechend, endgültig dem Deutschen Reich zugesprochen ist. Das hätte längst geschehen sollen und können, es ist aber nicht geschehen, und deshalb ist die einzige Regierung in Oberschlesien zurzeit die Interalliierte Kommission. Der deutsche Selbstschutz ist erst ins Leben getreten, als diese Kommission, wir wissen, warum, nicht in der Lage war, im Lande Sicherheit zu schaffen. Das dürfte Dr. Rosen den beiden Diplomaten genau so deutlich gesagt haben, wie es der General Hofer den interalliierten Herren in Oppeln schon mehrfach klargemacht hat.

Dr. Rosen ist aber, und das ist das Erstaunliche an der Sache, noch einen Schritt weiter gegangen. Er hat den beiden Gesandten, wahrscheinlich zu ihrer großen Überraschung, mitgeteilt, daß er nicht auf sie gewartet, sondern bereits feinerseits eine Note an die alliierten Regierungen abgesandt habe, die an ihrer Spitze Rati der üblichen diplomatischen Einleitung ganz gut die Worte Jolas tragen könnten: „Wir klagen an!“

Es ist klar, daß diese anklagende Note kaum etwas Neues für die Herren in Rom, Paris und London bringen kann. Das Neue daran ist, daß sie in amtlicher und recht verbindlicher Form das bekräftigt, was schon seit Wochen täglich nicht bloß von deutschen, sondern auch von englischen und italienischen Berichterstattern aller Welt mitgeteilt worden ist. Seit sechs Wochen haust Korjant in Oberschlesien, Hunderte von friedlichen Bürgern sind, unbekannt wozu, verschleppt, Vieh ist weggetrieben, Gebäude zerstört, Menschen mißhandelt und getötet, die Ernte vernichtet, die Industrie lahmgelegt, alles unter den Augen der Interalliierten Kommission. Seit Ende Mai sind von der Entente starke Truppenverfärbungen ge-

men, trotzdem ist noch fast das ganze Aufstandsgebiet in der Hand der Insurgenten, die durch reguläres polnisches Militär verstärkt werden, die ferner von Polen aus Waffen und Munition erhalten. Sehen die alliierten Truppen vor, so dürfen vorher die Polen mit all ihrem Raube abziehen, und bald nachher kehren sie zurück. Mit bewundernswürdiger Selbstbeherrschung hat das schlesische Volk bisher die Ruhe gewahrt. Der von dem Präsidenten der Interalliierten Kommission gewählte Weg, die Insurgenten gütlich zum Abzug mit den Waffen zu bewegen, führt zu nichts; nur ein Eingreifen mit ernstem Nachdruck kann helfen!

So etwa lautet der Inhalt der Note. Aus dem Diplomatischen in einfache Sprache übersetzt, ist das weiter nichts als eine Klage und begründete Anklage gegen den jetzigen Machthaber Le Nord, der es bisher immer noch verstanden hat, alle Maßregeln der übrigen zu sabotieren, damit der geliebte Korjant nur weiter plündern kann. In normalen Zeiten würde seine vorgelegte Regierung auf einen solchen Schritt nichts anderes tun können, als dieses Mißverhältnis eines französischen Polit-Generals schleunigst abberufen. Aber wir leben eben nicht in normalen Zeiten, und Le Nord wird ja wohl gewohnt haben, wenn er in Paris hinter sich hat, als er Korjants Raubzug ins Land ließ. Lobd George aber war erstens „krank“, und zweitens vielleicht schon wieder einmal umgefallen. Bleibt also der zu erwartende Erfolg auch zweifelhaft, so ist es doch gut, daß wenigstens einmal an die Machthaber, die jetzt die Welt regieren, vor aller Welt die Frage gerichtet wird, ob sie überhaupt noch schamrot werden können.

### Lloyd George über den Völkerverbund.

Ein Nährboden für Unfrieden und Streitigkeit. Der englische Premierminister erklärte in einer auf einer Walliser Methodistenversammlung gehaltenen Rede, es bestehe wirkliche Gefahr, daß, wenn nicht etwas mehr getan werde, um die öffentliche Meinung in den zivilisierten Ländern der Welt zu belehren, der Völkerverbund ein Nährboden für den Unfrieden und Streitigkeiten werden könnte.

Es könnten im Völkerverbund Parteien und Gruppen gebildet werden, und eines Tages, wenn die Mehrheit auf der einen Seite stehe und die Macht auf der anderen, dann werde man sehen, daß die Erörterungen des Völkerverbundes nur zu den größten, je erlebten Konflikten geführt hätten. Lloyd George sagte, er sei voller Enttäuschung, wenn er sehe, daß trotz der Lehren des großen Krieges der Geist nationalen Hasses, der Habgucht und der schlimmsten Neigen nationalen Stolzes ebenso vorherrschen wie früher. Dies sei keineswegs auf die großen Länder beschränkt. Die verborgenen, vom Kriege ausgehenden Nationen seien sogar noch schlimmer. Einige dieser besetzten Nationen scheinen dadurch, daß sie so lange angefeindet waren, noch schlimmer geworden zu sein. Lloyd George sagte, er könne unter diesen Nationen keinerlei Zeichen eines Bestrebens zugunsten einer Intervention des Völkerverbundes in ihren Streitigkeiten oder irgend eine Achtung vor den Beschlüssen des Bundes sehen. Das Gewissen der Völker müsse geprüft werden, damit sie Blutvergießen als Verbrechen verabscheuen. Ob der Völkerverbundvertrag die beste Organisation zu diesem Zweck ist, oder ob der amerikanische Vorschlag eher Erfolg haben würde, darüber brauchen die Kirchen nicht zu diskutieren. Ihre Aufgabe sei es, die Atmosphäre zu schaffen.

Lloyd George wird in den nächsten Tagen hören und wahrscheinlich am lautesten von der französischen Presse, was er mit seiner unverbohlten Charakterisierung der „vom Kriege ausgehenden“ Nachkriegs der sog. polnischen Nation angerichtet hat.

### Erdrösselung des deutschen Luftverkehrs.

Beschlagnahme der Flugzeuge. Der Vorkommerrat in Paris soll sich nach übereinstimmenden Meldungen dahin schlüssig geworden sein, fast alle deutschen Flugzeuge zu beschlagnahmen. Obwohl die Sachverständigen darüber noch nicht einig geworden sind, was ein militärisches und was ein Zivilflugzeug ist, hat der Vorkommerrat entschieden, daß Deutschland die Vertragsbestimmungen mit Bezug auf den Flugzeugbau verletzt habe, und als Strafe sollen fast alle Flugzeuge, die Deutschland besitzt, beschlagnahmt werden.

Der Vorkommerrat hat die Interalliierte Kommission instruiert, alle Militärmaschinen und 25 Prozent der Handelsflugzeuge als Strafe für die Verletzung der Vertragsbestimmungen zu konfiszieren. Die verbleibenden 75 Prozent der Handelsflugzeuge sollen vorläufig beschlagnahmt werden, bis Deutschland alle Luftfahrbestimmungen des

Vertrages erfüllt hat. Daraus werden alle deutschen Flugpost- und Flugpassagierlinien zwischen den verschiedenen Ländern gezwungen sein, den Betrieb einzustellen.

Man ist der Ansicht, daß Deutschland nun die Erfüllung der Bestimmungen, die auf das Flugzeugwesen Bezug haben, beschleunigen werde, um die Freigabe von 75 Prozent der Handelsflugzeuge zu erzielen.

Dem Deutschen Reichstage ist ein Gesetzentwurf über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues vom Reichsverkehrsministerium zugegangen. Dieses Gesetz wird durch die im Ultimatum übernommenen Verpflichtungen erforderlich. Danach wird die Herstellung und die Einfuhr von Luftfahrzeugen und Motoren sowie von Teilen derselben bis auf weiteres verboten. Die Aushebung des Verbots kann nur durch Verordnung der Reichsregierung erfolgen. Der Reichsrat hat einen Paragraphen hinzugefügt, der für die Schädigungen, die der Luftfahrtindustrie aus diesem Gesetz erwachsen, Ersatz durch das Reich vorsieht.

### In Oberschlesien keine Besserung.

Nachzug der alliierten Truppen. Die letzten britischen Nachrichten des Bureau Neuter aus Oberschlesien lassen keine Besserung der Lage erkennen. Es sind keine Anzeichen vorhanden, daß die Polen ihr vor einigen Wochen gegebenes Nachzugsversprechen ausführen. Es scheint, daß Korjant seine Leute nicht mehr in der Hand hat, und daß er seine Befehle nicht durchsetzen kann. Diejenigen alliierten Truppen, deren rückwärtige Verbindungen von dem guten Willen der Insurgenten abhängig geworden sind, sind wieder zurückgenommen worden, da ein solcher Zustand auf die Dauer nicht zugelassen werden konnte.

Man beachte, daß dies eine Neuter-Meldung ist! Aus London wird ferner mitgeteilt, daß man an dortigen informierten Stellen glaube, die britischen Truppen in Oberschlesien sollten in einer bestimmten Gegend westlich der Linie der Auftrüber konzentriert werden. Der Zweck soll sein, die britischen Verbindungsstellen zu sichern, die bisher nur von der Gnade der Insurgenten abhingen. In Paris waren bereits Gerüchte von einem bevorstehenden Gesamtrückzug der J. A. A. verbreitet. Hierzu wird aus unrichtiger englischer Quelle heute erklärt, die Gerüchte seien auf die Tatsache einer militärischen Umgruppierung der Ententetruppen, d. h. auf einen teilweisen Nachzug zurückzuführen, der nötig wurde, um die rückwärtigen Verbindungen vom „Rohwollen“ der Insurgenten unabhängig zu machen. Doch arbeitet Sir Harold Stuart weiter mit General Le Nord zusammen, und es habe sich nichts Außerordentliches ereignet. Korjant scheine immer mehr Nähe zu haben, seine Leute zu kontrollieren und seine auch die Luft dazu allmählich zu verlieren.

Geplante Befreiung Italiens. Die Polen befürchten, daß Frankreich, nachdem Doucet die Ausbannung einer Ententepolitik mit Deutschland in Wiesbaden angestrebt hat, die weitere Unterdrückung Polens aufgeben wird. Deshalb soll eine Kommission von Warschau nach Rom gehen, um dort die Unterstützung Italiens für eine günstige Erledigung der oberschlesischen Frage zu gewinnen. Man hofft in Warschau, die Gunst Giolittis und Storjass zu gewinnen als Gegenleistung für Vorrangrechte, die man Italien auf oberschlesisches Eisen, Zinn und Kohlen einräumen will.

Hilfswert. Für das oberschlesische Hilfswert hat Herr Krupp von Babeln und Halbach die Summe von 250 000 Mark gestiftet. Die Gruppe der Eisen- und Stahlindustriellen Rheinland-Westfalen hat beschlossen, ihren Mitglieder zu empfehlen, auf den Kopf der Belegschaft fünf Mark dem oberschlesischen Hilfswert zur Verfügung zu stellen. Die Bürgerchaft von Hamburg hat auf den Antrag sämtlicher Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten, beschlossen, eine Million Mark zur Vinderung der Not in Oberschlesien zu spenden.

### Politische Rundschau. Deutsches Reich.

Frankreich verlangt Ruhestoff. Einen wichtigen Gegenstand der weiteren französisch-deutschen Verhandlungen bilden, wie angenommen wird, neben der Erörterung der besonderen Reparationsfragen die durch die Reparationsverpflichtungen verursachten deutschen Einfuhrverbote. Nachdem die Aussicht auf eine Befreiung des Ruhrgebietes geschwunden sei, besteht bei Frankreich die Absicht, nunmehr auf dem Wege des Vertrages den für die Steigerung der Eisenproduktion Lothringens unentbehrlichen Ruhestoff zu gewinnen.